

17. DIE VERWALTUNG DER GEMEINDE DUNGELBECK

von verschiedenen Autoren

17.1 Dörfliche Verwaltungsverhältnisse früher (Joh. Küllig)

Die Verwaltung der Gemeinde Dungenbeck wurde bis ins 19. Jahrhundert hinein von den Verwaltungsinstanzen des jeweiligen Landesherrn (u. a. Amtmann in Peine bzw. Vogtei Dungenbeck¹) wahrgenommen. In den Städten gab es schon im Mittelalter den Stadtrat mit dem Bürgermeister an der Spitze, eine Finanzverwaltung, die der Kämmerer leitete, und eine geordnete Rechtsprechung. Die Städte konnten im Rahmen der gegebenen landesherrlichen Machtausübung oft eine gewisse Eigenständigkeit und Macht erreichen, wenn sie durch Handel und Gewerbe über entsprechende Mittel verfügten. Das galt zeitweise für Residenzen wie Braunschweig, Lüneburg, Celle oder Hildesheim, aber auch z. B. für Goslar mit dem Silberbergbau, Einbeck mit dem Brauwesen oder Göttingen und Osnabrück mit dem Tuchhandel. Entsprechend wurde das politische Leben in den Städten und der Städte untereinander (z. B. in der Hanse) von Kaufleuten bestimmt. Nach dem Dreißigjährigen Krieg durchlitten die Städte bis in das 19. Jahrhundert hinein eine lange Schwächeperiode. "Ihre politische Bedeutung sank auf einen Tiefpunkt."² Es war die Zeit der absolut herrschenden Fürsten.

In den bis in das 19. Jahrhundert hinein von Bauern bestimmten Dörfern gab es das Amt des "Bauermeisters", der die Einwohner gegenüber den Verwaltungsinstanzen vertrat und von der Regierung vereidigt wurde; doch blieb dem bäuerlichen Stand "die Mitwirkung am politischen Leben versagt. Das flache Land, also der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung, wurde allein von den adligen Grundbesitzern vertreten."³ Nachdem das Fürstentum Hildesheim 1802 aufgehoben und das Land von Preußen annektiert worden war, wurde 1803 eine neue Kreisverfassung im Lande eingeführt. Zum "Peinischen Kreis" mit dem in Hildesheim wohnenden Landrat an der Spitze gehörte auch das Amt Peine mit Dungenbeck. Als am 10. Juli 1803 in Hildesheim die Huldigung des neuen Landesherrn König Friedrich Wilhelm III. stattfand, schickte die Stadt Peine ihren Syndikus Linck als Vertreter, aber die Dörfer keineswegs jeweils ihren Bauermeister, sondern einen besonderen Deputierten, der "mit den Unterschriften der Hofbesitzer und Häuslinge der Peiner Dörfer - mit Ausnahme der von ihren Patrimonialherren vertretenen Junkerdörfer - die Eideszusagen der Bauernschaft und sonstigen Dorfbewohner überbrachte."⁴ Für die Dungenbecker war es gewiss eine große Ehre, dass für diesen Auftrag einer der ihnen ausgewählt wurde: Peter Burgdorf, der die Königliche Domäne Schmedenstedt gepachtet hatte. Die politische Eigenständigkeit der einzelnen Orte wurde erst in der Verfassung des Königreichs Hannover von 1848 berücksichtigt. Seit 1885 besteht der Landkreis Peine, zu dem auch Dungenbeck gehört und in dem die einzelnen Ortschaften bis zur Gebietsreform 1974 eine gesetzlich geregelte Eigenständigkeit hatten.

¹ Siehe o. Abschnitt 4.1.

² Brosius S. 40.

³ Ebd. S. 29.

⁴ Geschichte III, 26.

17.2 Die Gemeindeverwaltung im 19. Jahrhundert (Küllig)

17.2.1 Namen von Bauermeistern

Der Dungenbecker Bauermeister genoss um 1820 die Freiheit vom Wegebau und Landfolge, d. h. "er brauchte mit seinem Gespann kein Straßenbaumaterial anzufahren und für das Amt keine Fahrten über Land zu leisten, zum Beispiel Korn nach Braunschweig zum Markt zu bringen oder Bauholz aus dem Harz zu holen. ... Daneben erhielt er als Vergütung noch jährlich 25 Taler".¹ Das Amt des Bauermeisters ist älter, aber erst seit 1769 sind Namen bekannt:

- 1769** Johann Jürgen Annaker² (Vollspänner Schmedenstedter Str. 20).
1803/1806 "Bauermeister" Peter Burgdorf (Pächter der Domäne Schmedenstedt und als Vollspänner wohnhaft auf dem Hof Kirchwinkel 5).³
1803 "Bauermeister" Johann Heinrich Schlüter (Kotsaß Oberger Weg 9).
1807 "Bauermeister" Matthias Lüddecke⁴ (Kotsaß/Halbsp. Kirchwinkel 11).
1818 Vorsteher/Bauermeister Heinrich Ernst (Halbsp. Oberger Weg 2).⁵
Bis 1822 Bauermeister Christoph Borsum (Vollsp. Schmedenstedter Str. 20).⁶
1822 Bauermeister Jacob Heine (3/8-/ 1/2-Spänner Schmedenstedter Str. 33).
1853 Vorsteher Matthies.
1856 "Vorsteher" (ohne Namen).
1867 Gemeindevorsteher Jacob Heine.
Vor 1859 bis 1879 "Ortsvorsteher" Christoph Behre (Kotsaß Mühlworth 12).⁷
5. April 1879 bis 8. April 1907 Gemeindevorsteher und Standesbeamter⁸
Christoph Behrens (Kotsaß Schwalbenweg 3).

1895/96 wird der **Schiedsmann** Carl Burgdorf erwähnt. Seit 1899 werden laufende Gemeindesteuern gehoben.

17.2.2 Die Achtsleute

Dem Bauermeister standen anscheinend als "Gemeinderat" drei "Achtsleute" zur Seite. Pastor Gericke nennt 1806 Heinrich Brandes, Christoph Grobe und Hennig Schlüter. 1807 wird Achtsmann Christian Peyers genannt.

¹ Heinrich Munk, "Bauermeister-Amt" gab's für einen Appel und ein Ei", in: PN 15.5.2001.

² Hild. Br. 7 608/609.

³ Anlässlich der Reparatur des Turmknopfs 1806 schrieb Pastor Gericke einen Bericht zur Situation im Dorf und nennt neben Amtmann Damian Joseph von Lochausen, Amtsschreiber Brandis und "Landvoigt" Ernst Elffen als "Bauermeister in Dungenbeck" Peter "Burgdorf", sehr wahrscheinlich identisch mit dem oben genannten Peter Burgdorf (vgl. auch Abschnitt 14.1.).

⁴ Zu Schlüter und Lüddecke vgl. Abschnitt 7.4.5.

⁵ Anlässlich der Reparatur der Fahnenstange 1818 wurde ein neues Schriftstück in den Turmknopf gelegt. Pastor Balcke nennt neben Amtmann Ziegler in Peine Jacob Heine als "Schulze im Ort" (Halbspänner vom inzwischen abgerissenen Hof Hauptstraße 24) und Heinrich Ernst als "Vorsteher oder Bauermeister". Der Schulze war offenbar der unvereidigte Bauermeister; heute würden wir ihn stellvertretenden Bauermeister nennen.

⁶ Munk a.a.O.: Er schrieb am 25.4.1822 an das Amt Peine: "Ich habe wegen treuer Erfüllung der mir als solchen aufliegenden Funktionen meine eigenen Geschäfte vernachlässigen müssen. ... Euer Königlich Hochlöbliches Amt wollen geruhen mich meines Bauermeisterdienstes recht bald zu entledigen. Mit ausgezeichneten Ehrerbietungen harrend eines Königlichlichen Amtes gehorsamster Diener Christoph Borsum." Die Neuwahl wurde bereits für den 7. Mai angesetzt.

⁷ Anlässlich einer Turmreparatur 1877 wurde der Turmknopf geöffnet und ein Bericht von Pastor Petri eingelegt, in dem er neben dem Amtshauptmann von Grote und anderen Würdenträgern auch "Ortsvorsteher" Christoph Behre nennt, der bis 1879 im Amt war.

⁸ Mit dem Amt des Gemeindevorstehers war lange das des Standesbeamten verbunden. Die Standesämter wurden um 1871 eingerichtet. Bis dahin hatten die Pfarrämter die Register für Taufen/Geburten, Trauungen/Eheschließungen und Todesfälle/Beerdigungen geführt.

17.2.3 Der Gemeinderechnungsführer

Natürlich hatte die Gemeinde Dungenbeck Einnahmen und Ausgaben. Die Rechnungsführung (wie auch die Erhebung der Steuern) versah ursprünglich der Bauermeister. Das Amt wurde spätestens Anfang des 19. Jahrhunderts abgetrennt und eigenständig. An Namen von Rechnungsführern werden genannt:

bis 1876 Christoph Heine und seit 1876 Christoph Behrens.

17.2.4 Das Ausrufen der Gemeindebekanntmachungen

Es ist sicher eine alte Tradition gewesen, wichtige Meldungen im Ort durch einen Beauftragten bekannt zu machen. In Dungenbeck wurde der Gemeindediener mit dieser Aufgabe betraut. Um sich Gehör zu verschaffen, wurde häufig eine Glocke verwendet, vielleicht auch das Wort "Bekanntmachung" besonders pointiert gerufen. Seit dem 27.11.1885 wurden in Dungenbeck die Bekanntmachungen "durch Blasen mit Ausruf" weitergegeben. Der Gemeindediener hatte vielfältige Dienste zu erledigen, u. a. auch die Reinigung und das Heizen der Schulräume. Um seinen Lohn zu erhöhen, hatte er noch andere Funktionen: Er konnte zugleich die Aufgaben des Nachtwächters und Feldhüters übernehmen, auch die Küsterarbeiten der Kirchengemeinde oder die Arbeit des Totengräbers auf dem Friedhof. Zeitweise wurde ihm eine Dienstwohnung im Schulgebäude zur Verfügung gestellt. Folgende Gemeindediener sind bekannt:¹

Um 1885	G. Felgentreff.
22.1.1891	Fritz Behme.
1895/96 bis 17.1.1906	Christel Balke (auch Nachtwächter von 23-3 Uhr).
Seit 1906	Carl Niemann (auch Nachtwächter und Feldhüter).
Seit 1919 ²	Christian Cramm "Gemeinde-, Schul- und Kirchengemeindediener" ³ .. Er war schon vorher als Gemeindediener, Feldhüter, Totengräber und Nachtwächter tätig.
Seit 1922	Wilhelm Schlein (auch Totengräber und Küster).
Seit 1933	Friedrich Bauermeister (auch Küster).
Um 1937	Wilhelm Schwoch (Nachtwächter, Totengräber).
Seit 1939	Erwin Aschendorf (Gemeinde- und Schuldienst).
1945 bis 1970	Hermann Ramm (Bruchweg 1)

¹ Eine Anekdote zum Thema "Hundesteuer" wird in Abschnitt 23.4.2. (12.) erzählt.

² Gem. Beschluss des Gemeindeausschusses Dungenbeck vom 29.6.1919 erhielt er ab 1.10.1919 für die "Besorgung des Küsterdienstes 350 Mk, für die "Reinigung und Heizung der Schulräume" 288 Mk und für den Gemeindedienerposten 600 Mk, dazu "freie Dienstwohnung" in der Schule (Bau von 1861).

³ So im Begräbnisbuch zum Datum seines Todes am 3.8.1937.

17.3 Die Gemeindeverwaltung von ca. 1900 bis 1933 (Küllig)

17.3.1 Gemeindeversammlung und Gemeindeausschuss (bis 1919)

Bis 1907 wurde bei wichtigen Entscheidungen vom Gemeindevorsteher eine Gemeindeversammlung¹ mit einer Tagesordnung einberufen, die dann die entsprechenden Beschlüsse fasste, z. B. die Wahl des Gemeindevorstehers.

1907 wurde erstmals ein Gemeindeausschuss in Dungenbeck gebildet. Gemeindevorsteher Heinrich Peyers lud die stimmberechtigten Gemeindeglieder zu einer Gemeindeversammlung am 29. August 1907 in Dungenbeck ein; auf der Tagesordnung stand die Wahlordnung für die Bildung eines Gemeindeausschusses.² Es erschienen 77 Stimmberechtigte mit 327 Stimmen. Die damit beschlussfähige Gemeindeversammlung beschloss einstimmig folgende

Wahlordnung für die Bildung eines Gemeindeausschusses:

Zum Zwecke der Wahl der Gemeindeausschussmitglieder werden die stimmberechtigten Gemeindeglieder unter Zugrundelegung der Einkommen-, Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer in 4 Klassen geteilt. Diejenigen Gemeindeglieder, die zusammen das 1. Viertel der o. g. Steuern aufbringen, bilden die 1. Klasse; entsprechend werden die anderen Klassen gebildet. Jedes Gemeindeglied gehört aber nur einer Klasse an und zwar derjenigen, in der der größte Teil seiner Steuern fällt. Unter mehreren einen gleichen Steuerbetrag entrichtenden Wahlberechtigten entscheidet das Lebensalter oder das Los, wer von ihnen zu der höheren Klasse zu rechnen ist.

Jede Klasse hat 3 Mitglieder in den Ausschuss zu wählen, so dass der ganze Ausschuss in der Regel aus 12 Mitgliedern bestehen wird.

Gewählt wird in jeder Klasse nach der hier üblichen Stimmordnung. Bei nur 3 Wahlberechtigten in einer Klasse wählt jeder Wahlberechtigte ein Ausschussmitglied für sich. Bei nur 2 Wahlberechtigten in einer Klasse wählt zunächst jeder Wahlberechtigte ein Ausschussmitglied. Das 3. Ausschussmitglied ist aus der nächst unteren Klasse zu wählen. Fällt die Wahl dieses 3. Ausschussmitgliedes auf zwei Personen, so entscheidet das Los, wer von den beiden Gewählten als Ausschussmitglied gelten soll. Sind mehr als 3 Wahlberechtigte in einer Klasse vorhanden, so werden alle drei Ausschussmitglieder in dieser Klasse nach einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

Jedes Mitglied wird in einem besonderen Wahlgang gewählt. Es kann keiner in zwei Klassen gewählt werden. Die Ausschussmitglieder werden auf 3 Jahre gewählt. Wird in dieser Zeit eine Ersatzwahl notwendig, so gilt der Ersatzmann nur für den Rest der Wahlperiode als gewählt.

Nachdem diese Wahlordnung wenig später vom Kreisausschuss genehmigt worden war, fand eine weitere Gemeindeversammlung am 20. Oktober **1907** in Dungenbeck³ statt. Die Tagesordnung zeigt, dass die Gemeindeversammlung neben öffentlichen Aufgaben wie Wahlen in den Gemeindeausschuss auch soziale Verpflichtungen wahrnahm. So berieten die erschienenen 69 Stimmberechtigten mit 372 Stimmen zuerst über einen Unterstützungsantrag der Dienstmagd Eliese Wedemeyer, die am 20. September 1907 "der Armenpflege, wegen Verpflegung ihres Kindes anheim gefallen" war. Sie wohnte zwar inzwischen in Vöhrum, hatte

¹ Die Protokolle der Gemeindeversammlung liegen seit 1889 vor.

² Vgl. Protokollbuch S. 104.

³ Vgl. Protokollbuch S. 105.

sich aber in Dungenbeck "durch Aufenthalt den Unterstützungswohnsitz erworben". Ihr Vater als ihr Vormund verlangte von der Gemeinde Dungenbeck eine jährliche Unterstützung von 95 Mark von Tage der Geburt des Kindes an und eine monatliche Unterstützung von 14 Mark für das in Dungenbeck untergebrachte Kind. Die Gemeindeversammlung beschloss einstimmig, die Unterstützung von 95 Mark jährlich bis auf weiteres von heute an zu bezahlen. Eine Unterstützung von Tage der Geburt des Kindes an wurde abgelehnt, weil die Verpflegung des Kindes bis dato bezahlt worden ist.

Unter Tagesordnungspunkt 2 wählte die Gemeindeversammlung entsprechend der beschlossenen Wahlordnung folgende Männer in den **Gemeindeausschuss**:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| In der 1. Klasse: | In der 2. Klasse: |
| 1. Halbspänner Fritz Heine | 1. Kotsaß Heinrich Schridde |
| 2. Kotsaß Christel Schlüter | 2. Schlachter Carl Ebeling |
| 3. Vollspanner Christian Peyers | 3. Halbspänner Heinrich Peyers |
| In der 3. Klasse: | In der 4. Klasse: |
| 1. Brinksitzer Carl Greite | 1. Walzwerkerarbeiter Eduard Wegat |
| 2. Walzwerkerarbeiter C. Bührig | 2. Walzwerkerarbeiter Christel Cramm |
| 3. Walzwerkerarbeiter H. Angerstein. | 3. Hüttenarbeiter H. Lehmborg. |

Alle Gewählten nahmen auf Befragen die Wahl an. Sie waren auf 3 Jahre gewählt.

Am 20. November **1910** wählte die Gemeindeversammlung zum zweitenmal einen **Gemeindeausschuss**, der sich wie zuvor aus 4 Klassen zusammensetzte:

- | | |
|------------------------------------|-----------------------------------|
| In der 1. Klasse: | In der 2. Klasse: |
| 1. Christel Schlüter (Nr. 6) | 1. Schlachtermeister Carl Ebeling |
| 2. Fritz Heine (Nr. 24) | 2. Heinrich Peyers (Nr. 4) |
| 3. Christel Peyers (Nr. 25). | 3. Heinrich Schridde (Nr. 14). |
| In der 3. Klasse: | In der 4. Klasse: |
| 1. Carl Greite | 1. Walzwerkerarbeiter Chr. Cramm |
| 2. Vorarbeiter H. Schridde | 2. H. Lehmborg sen. |
| 3. Bäckermeister Christel Burgdorf | 3. K. Westphal jun. |

Am 4. Januar **1914** wählte die Gemeindeversammlung:

- | | |
|-----------------------------------|--|
| In der 1. Klasse: | In der 2. Klasse: |
| 1. Hofbesitzer Christel Schlüter | 1. Hofbesitzer Heinrich Schridde |
| 2. Schlachtermeister Karl Ebeling | 2. Altenteiler Fritz Heine |
| 3. Hofbesitzer Christel Peyers. | 3. Hofbesitzer Heinrich Peyers. |
| In der 3. Klasse: | In der 4. Klasse: |
| 1. Heinrich Schridde | 1. Walzwerkmaurer Christian Cramm |
| 2. Fritz Brendecke | 2. Anbauer Louis Köther |
| 3. Karl Bührig. | 3. Walzwerkerarbeiter Ernst Didschies. |

Hinsichtlich der Wahl im Kriegsjahr **1918** schrieb Gemeindevorsteher Peyers am 10.03.1918 an den Herrn Königl. Geheimen Regierungsrat in Hannover und bat um Mitteilung, ob durch Gemeindebeschluss die Wahl der jetzigen Gemeindeauschussmitglieder auf ein Jahr verlängert werden könne, da die meisten Gemeindeglieder zur Zeit im Felde ständen und dann vielleicht der Krieg zu Ende sei. Der Bitte wurde offenbar entsprochen.

17.3.2 Der Gemeindevorsteher bis 1919

Der Gemeindevorsteher wurde vom Gemeindeausschuss gewählt. Vom 8. April 1907 bis zum 25. Dezember 1919 war durchgängig **Heinrich Peyers** Gemeindevorsteher. Er war Kotsasse auf dem Hof Schmedenstedter Str. 28.

Im Jahre 1919 muss es im Dungenbecker Gemeinderat erhebliche Turbulenzen gegeben haben. So wurde Heinrich Peyers bei den Gemeinderatswahlen am 2. März 1919 gewählt und von den Ratsmitgliedern auch zum Gemeindevorsteher erkoren; dennoch trat er kurz darauf von seinen Ämtern zurück. Die Gründe sind nicht bekannt. Daraufhin wählte der Gemeinderat am 16. November 1919 mit 7 Stimmen Christian Cramm zum Gemeindevorsteher, der um eine Bedenkzeit bat und die Wahl zunächst nicht annahm. Eine Begründung geht aus dem Protokollbuch nicht hervor. Bei einem zweiten Wahlgang am 23. November 1919 erhielt Christian Cramm 9 Stimmen und nahm die Wahl an. Daraufhin muss es im Dorf im Einzelnen nicht bekannte Reaktionen gegeben haben, die zum Rücktritt von Christian Cramm führten. Am 25. Dezember 1919 fand erneut eine Wahlhandlung statt, die Heinrich Peyers leitete, als sei er noch Gemeindevorsteher. Zur Wahl standen Heinrich Peyers (Oberger Weg 1) und Wilhelm Kielhorn. Die Wahl ging mit 6 zu 5 an Wilhelm Kielhorn.

17.3.3 Die Bildung des Gemeinderats (seit 1919)

Nach dem Krieg fand die Wahl nach einem neuen Gesetz statt. So wurde das Klassenwahlrecht aufgehoben und demokratische Prinzipien eingeführt. Der Gemeindeausschuss hieß fortan "Gemeinderat".

Am 2. März **1919** wurden in den Gemeinderat gewählt:

Carl Brandes, Georg Ahlborn, Hermann Böhnstedt, Fritz Wulf sen., Ewald Wassermann, Wilhelm Grobe, Wilhelm Meier, Christian Cramm, Christian Willke, Wilhelm Michelmann, Heinrich Balke und Heinrich Peyers.

Für letzteren kam noch 1919 Heinrich Schlüter in den Gemeindeausschuss, was vermutlich mit den Problemen wegen des Gemeindevorsteheramtes zusammenhing. Weitere Änderungen: Am 21.11.1920 kam Ernst Hacke in den Ausschuss, am 2.1.1921 Wilhelm Siedentopp, am 16.11.1921 für Georg Ahlborn Landwirt Carl Niemann, am 18.12.1921 für Wilhelm Grobe Laborant Wilhelm Lehmborg.

Am 25. Mai **1924** wurden gewählt:

Wilhelm Kielhorn, Walzwerkerarbeiter Christel Cramm (1. Beigeordneter), Kothsaß Heinrich Peyers (2. Beigeordneter), Hermann Böhnstedt, Otto Brandes, Heinrich Michelmann, Fritz Wulf sen., Otto Brandes, Otto Siedentopp, Fritz Bosse, Ch. Wilke, Gustav Deneke und Heinrich Balke.

Am 15.2.1925 kam Willi Heinrichs in den Ausschuss, am 26.7.1925 Heinrich Balke, am 18.4.1926 Willi Krüger für Christian Cramm, am 3.7.1927 W. Kuchenbuch für Hermann Böhnstedt, am 30.10.1927 Willi Schaknies für Otto Siedentopp. Am 6.6.1926 wurde Heinrich Michelmann 1. Beigeordneter.

Am 8. Dezember **1929** wurden gewählt:

Wilhelm Kielhorn, Wilhelm Heinrichs, Fritz Bosse, Willi Krüger, Heinrich Walkling, Heinrich Michelmann, Heinrich Peyers, Wilhelm Schaknies, Wilhelm Peyers, Carl Niemann, Otto Brandes, Heinrich Balke und August Ehlers.

Am 7.6.1931 kam Hermann Burgdorf für Heinrich Walkling in den Ausschuss.

17.3.4 Der Gemeindevorsteher seit 1920

Der Gemeinderat wählte am 25. Dezember 1919 mit 6 Stimmen **Wilhelm Kielhorn** (Festanger 39) zum Gemeindevorsteher. Er trat sein Amt am 10. Januar 1920 an und versah auch das Amt des Standesbeamten.

17.3.5 Gemeinderechnungsführer bis 1933

1900/01 bis Ende 1902	Fritz Walkling
seit 1.1.1903 bis 31.3.1908	Fritz Kielhorn
seit 1.4.1908	Kotsasse Fritz Walkling (+27.8.1909)
1911/1912	Fritz Walkling

17.4 Die Gemeindeverwaltung im Dritten Reich (J. Küllig)

17.4.1 Der Gemeinderat 1933 bis 1945

Am 28. März **1933** kamen nach den Prinzipien des NS-Staates folgende Männer in den Gemeinderat: Wilhelm Kielhorn, Wilhelm Peyers (1. Beigeordneter), Fritz Wulf sen. (2. Beigeordneter), Otto Siedentopp, Fritz Rogge, Otto Brandes, Wilhelm Siedentopp, Fritz Ramm, Gustav Pohlke, Otto Peyers, Hermann Burgdorf, Gustav Deneke und Heinrich Peyers.

Am 10. Februar **1934** wurde der Vorschlag des Gemeindevorstehers gutgeheißen, dass künftig der Gemeinderat aus vier Mitgliedern bestehen solle, zu denen der örtliche Leiter der NSDAP und der rangälteste Führer der SA hinzuzurechnen sind. Dieser Beschluss wurde offensichtlich so nicht verwirklicht. Am 30.8.1935 kam Otto Heine in den Gemeinderat. Seit dem 7. November **1935** gehörten neben Bürgermeister Wilhelm Kielhorn und dem Beigeordneten Wilhelm Peyers (später für ihn Hermann Basse) die Herren Hermann Burgdorf, Friedrich Rogge, Otto Peyers, Heinrich Peyers, Otto Heine, Otto Siedentopp und Gustav Pohlke zum Gemeinderat. Dazu gehörte auch Ortsgruppenleiter Carl Müller und Kassenverwalter Hermann Wittneben. Die letzte Sitzung vor Kriegsende fand am 6. Februar 1945 statt und behandelte vor allem Haushaltsfragen.

17.4.2 Der Gemeindevorsteher/Bürgermeister 1933 bis 1945

Auch nach 1933 bis Kriegsende 1945 behielt Wilhelm Kielhorn unangefochten das Amt des Gemeindevorstehers, das nun "Bürgermeister" genannt wurde, ebenso das Amt des Standesbeamten. Auf der letzten Gemeinderatssitzung vor Kriegsende wurde er für 25 Jahre im Bürgermeisteramt geehrt.

Seine Sekretärin war bis 1945 Erika Matthies geb. Felgentreff (Schmedenstedt).

17.4.3 Der Gemeinderechnungsführer

Rechnungsführer der Gemeinde war seit 1933 Hermann Wittneben.

17.4.4 Ortsgruppenleiter

Ortsgruppenleiter waren von 1933 bis 1936 Fritz Wulf, 1937 Fritz Rogge, von November 1937 bis zum 9. Mai 1940 Felix Beindorf, seitdem bis März 1941 Hermann Punthöler, 1941 Hermann Rösemann und ab April 1943 Carl Müller.

17.5 Die Gemeindeverwaltung nach 1945 bis 1974 (J. Küllig)

17.5.1 Gemeinderat und Bürgermeister 1946 bis 1974

Von März 1946 bis August 1946 war Bürgermeister **Friedrich Kuchenbuch**. Er war auch Standesbeamter.

Ratsmitglieder: Otto Brandes, Willi Räder, Wilhelm Heinrichs, Friedrich Bosse, Louise Könnecke, Heinrich Niebuhr, Karl Brandes, Hermann Matthies, Karl Hachmeister, Hermann Aschendorff, Willi Bleech, Rudolf Balke.

Vom 24. September 1946 bis 1948 war Bürgermeister **Otto Brandes**. Ratsmitglieder: Friedrich Kuchenbuch, Friedrich Bosse, Hermann Aschendorff, Wilhelm Kühne, Karl Hachmeister, Heinrich Krüger, Willi Siedentopp, Hermann Buschendorf, Karl Löper, Emilie Krone, Otto Heine. Es gab erhebliche Leitungsprobleme im Rat, die 1948 zu einem Mißtrauensantrag führten.

Von Dezember 1948 bis 1952 gab es drei Bürgermeister:

12/1948 – 1949: **Friedrich Kuchenbuch**

12/1949 – 1950: **Adolf Jacobeit** (Bild rechts)

12/1950 – 1952: **Rudolf Balke** (Bild links).

Ratsmitglieder: Otto Heine (seit 11/1949 Rudolf Balke), Heinrich Peyers, Otto Brandes, Walter Gniewohs (BHE), Dr. Arthur Rohde (seit 5/1950 Franz Pietsch), Hans Karwarth (BHE; seit 6/1952 Josef Daniel), Friedrich Bosse (seit 4/1949 August Gießelmann), Willi Köther, Adolf Jacobeit, Hermann Aschendorff.

Am 21. Mai 1951 verstarb Friedrich Kuchenbuch während einer Ausschusssitzung durch Herzschlag. Er war langjähriges Mitglied des Gemeinderats und des Kreistags. Die Gemeinde Dungenbeck, der Landkreis Peine und die hiesige Presse würdigten seine Verdienste mit Todesanzeigen und einem Nachruf.

Für Friedrich Kuchenbuch kam im Juni 1951 Gerhard Löhr in den Rat.

Von Dezember 1952 bis 1956 gab es zwei Bürgermeister:

1952 bis 1954 **Adolf Jacobeit**

12/1954 bis 1956 **Wilhelm Kielhorn**.

Ratsmitglieder: Erwin Niemann (1. Beigeordneter), Otto Brandes (2. Beigeordneter), Willi Felgentreff, Walter Gniewohs, Walter Hacke, Wilhelm Kielhorn, Kurt Lawerenz (seit 10/1955 Bruno Wolff), Karl Löper, Hermann Matthies, Willi Räder (seit 6/1954 Albert Schridde).

Vom 22. November 1956 bis 1961 war Bürgermeister **Albert Schridde**.

Ratsmitglieder: Otto Brandes (1. Beigeordneter), Erwin Niemann (2. Beigeordneter), Wilhelm Kielhorn, Adolf Jacobeit, Karl Löper, Franz Pietsch, Wilhelm Peyers, Bruno Wolff, Ferdinand Brandes, Erwin Schmidt.

Von April 1961 bis 1964 war Bürgermeister **Wilhelm Peyers** (Mühlworth 13).

Ratsmitglieder: Albert Schridde (stellvertr. Bürgermeister), Otto Brandes (seit 8/1961 Karl Löper), Adolf Jacobeit, Franz Pietsch, Erwin Schmidt, Albert Grobe, Reinhard Rüscher, Walter Gniewohs, Heinrich Peyers, Wilhelm Kielhorn (seit Februar 1964 Heinrich Ramm).

Von Oktober 1964 bis 1968 war Bürgermeister **Reinhard Rüscher** (SPD). Im Rat gehörten 6 Ratsherren der SPD an, 2 der CDU und 3 der WGD. Ratsmitglieder: Wilhelm Peyers (stellvertr. Bürgermeister), Albert Schridde (2. Beigeordneter), Hermann Glagow, Karl Heinz Schlote, Karl Heinz Wystemp, Helmut Söllig, Heinrich Peyers, Franz Pietsch, Walter Gniewohs und Oskar Lucas.

Von Oktober 1968 bis 1972 waren mit Bürgermeister **Reinhard Rüscher** (SPD) Ratsmitglieder: Wilhelm Peyers (stellvertr. Bürgermeister), Albert Schridde (2. Beigeordneter), Franz Pietsch, Karl Heinz Schlote, Werner Schölzel, Hans Günter

Roloff, Hermann Glagow, Karl Heinz Wystemp, Manfred Aschendorff und Heinrich Peyers.¹

Von November 1972 bis 1974 waren mit Bürgermeister **Reinhard Rüscher** (SPD) Ratsmitglieder: Werner Schölzel (stellv. Bürgermeister), Heinrich Peyers (CDU; 2. Beigeordneter), Hermann Glagow, Helene Stolze, Heinrich Ramm (CDU), Franz Pietsch (CDU), Albert Schridde, Hans Günter Roloff, Manfred Didschies und Karl Heinz Wystemp. Dieser Rat hatte am 20. Februar 1974 seine letzte Sitzung vor der Eingliederung von 14 selbständigen Gemeinden in die Stadt Peine. Das Dungenbecker Standesamt war schon am 5. Oktober 1973 aufgelöst und zum 1. Januar 1974 an die Stadt Peine übertragen worden.

17.5.2 Ein neues Amt: der Gemeindedirektor (1946 bis 1974)

Nach dem Krieg installierten die Engländer als Besatzungsmacht neben dem Bürgermeister das Amt des Gemeindedirektors, der für die Erledigung der Verwaltungsaufgaben verantwortlich war. Die Stelle wurde am 16.7.1946 öffentlich ausgeschrieben. Dieses Amt hatten inne:

Gertrud Urbahn (später verheiratete Schlote) vom 24.7.1946 bis 17.12.1948

Sie wurde unter 13 Bewerbern mit 8 von 11 Stimmen gewählt. Laut Ratsbeschluss vom 21.10.1946 sollte sie ihr Amt aufgeben, wenn sie heiratet. Das führte nach ihrer Heirat 1948 zu Problemen, so dass ihr Bürgermeister Kuchenbuch die Zeichnungsbefugnis und Amtsführung untersagte und die Stelle neu ausgeschrieben wurde.

Michael Jäger vom 11.2.1949 bis 19.3.1954

Er kündigte am 19. März 1954.

Ernst Hacke vom 19.3.1954 bis 1974

Das monatliche Gehalt betrug anfänglich 450 DM. Er wurde später ins Beamtenverhältnis übernommen. Das Amt des Gemeindedirektors endete am 1. März 1974 mit der Eingliederung Dungenbecks in die Stadt Peine.

17.5.3 Der Gemeinderechnungsführer

Das Amt des "Gemeindekämmerers" in Dungenbeck übernahm nach dem Krieg Karl Aschendorff. Im Februar 1961 folgte ihm Hans-Günther Roloff.

17.5.4 Ein dunkles Kapitel in der Dungenbecker Ratsarbeit²

"Ratssitzung, wie sie nicht sein soll." Unter dieser Überschrift wurde von der Peiner Allgemeinen Zeitung am 28. März 1950 ein Bericht über die Dungenbecker Ratssitzung vom 24. März 1950 veröffentlicht. Danach war es in dieser Sitzung zu erregten und ernsten Auseinandersetzungen gekommen, die absolut nicht vorbildlich und im Sinne der gesamten Gemeinde verliefen. Die Ratsmitglieder hätten in erster Linie das Gesamtwohl der Gemeinde im Auge zu haben und nicht grundsätzlich die Meinung des politische Andersdenkenden zu bekämpfen. In Dungenbeck sei das nicht der Fall. Was war geschehen?

Unter den Punkten 2 i und 2 j der Tagesordnung sollten die Neuwahlen des Flüchtlingsrates und des Flüchtlingsbedarfsausschusses erfolgen. In die beiden Gremien war neben Vertretern der Einwohnerschaft auch je ein Vertreter der im

¹ Der Schuldenstand der Gemeinde 31.12.1961 = 209.060,- DM (132 DM/Einw.). Zum 31.12.1969 betrug der Schuldenstand 616.451,- DM, das waren 345 DM pro Einwohner.

² Bericht von Hans-Günther Roloff (23.4.2002).

Rat arbeitenden Fraktionen CDU, SPD und Deutsche Partei (DP) zu entsenden. Aus nicht bekannten Gründen weigerte sich die DP-Fraktion, einen Vertreter für die Wahl des Flüchtlingsrates namhaft zu machen. Nachdem die Wiederwahl des "alten" Flüchtlingsrates angeregt worden war, trat das bisherige Mitglied der DP-Fraktion von diesem Amt zurück. Daraufhin erklärte ein Ratsherr der SPD-Fraktion, er sei bereit, an dessen Stelle diesem Ausschuss beizutreten. Das wurde akzeptiert und der Flüchtlingsrat im übrigen in "alter" Besetzung einstimmig wiedergewählt. Dieses Ergebnis beruhigte jedoch nicht die Gemüter, vielmehr kam es zwischen den Ratsmitgliedern Friedrich Kuchenbuch (DP) und Hans Karwarth (CDU) zu groben Anschuldigungen, so dass sich beide Vertreter der CDU veranlasst fühlten, die Sitzung zu verlassen. Im Anschluss daran wurde von den verbleibenden Ratsherren der Flüchtlingsbedarfsausschuss wiedergewählt, so wie man es bei der Wahl des Flüchtlingsrates praktiziert hatte: ein Ratsherr der SPD-Fraktion trat für den auch in diesem Gremium zurückgetretenen DP-Ratsherrn ein, und es blieb im übrigen bei der alten Besetzung.

Auch vorher schon war es in der Ratssitzung am 10. Februar 1950 bei der Besetzung des Schulausschusses zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Der Streit entzündete sich an der Frage, wer von der Lehrerschaft dem Ausschuss angehören sollte. Neben Rektor Behmann war ein weiterer Lehrer (O. Milow) vorgeschlagen worden, dessen Wahl von zwei anderen Lehrern unterstützt wurde, die sich offensichtlich gegen eine Wahl des Rektors ausgesprochen hatten. Die von einem Ratsherrn gegen diesen Lehrer vorgebrachten Einwendungen lösten große Erregung unter den übrigen Ratsherren und den Zuhörern aus. Nach längerer Debatte und einer weiteren Abstimmung am 28. März 1950 wurden beide Herren dem Schulausschuss hinzugewählt.

Die persönlichen Auseinandersetzungen im Rat zogen weitere Kreise. Bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung der Flüchtlingsvereinigung wurde einem Ratsmitglied der DP-Fraktion in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kreisflüchtlingsrates des Misstrauen ausgesprochen.¹ Dieser bat daraufhin den Kreisflüchtlingsrat, die Flüchtlinge des Ortes zu einer Versammlung einzuladen. Zu dieser Versammlung, über die die PAZ am 10. Mai 1950 berichtete, erschienen vom Kreistag vier Herren, die vom Kreisvorsitzenden der Flüchtlingsvereinigung und vom Kreisflüchtlingsamtsleiter begleitet wurden. In langen und sehr leidenschaftlich geführten Reden wurde versucht, eine gewisse Schuld des Ratsmitglieds an den Spannungen zu beweisen. Dieser wiederum betonte in meist sachlicher Form, dass absolut keine feindlichen Handlungen erfolgt seien. Da die Redebeiträge mehr ideologischen Inhalts waren, statt Tatsachen zu belegen, und auch Vorkommnisse ansprachen, die lange zurücklagen, mahnten die aus Peine angereisten Vertreter des Kreises etwas ratlos zu einem neuen gemeinsamen Anfang, was allerdings die Differenzen nicht beseitigte.

Am Sonnabend, dem 22. Juli 1950, hatte die Dungenbecker Ortsgruppe der Deutschen Partei zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen. Dabei hatte es Verärgerung gegeben, weil das hauptsächlich beteiligte Ratsmitglied der DP-Fraktion (Fr. Kuchenbuch) den Versammlungstermin durch den Gemeindediener hatte "ausklingeln" lassen; denn diese Art der Einladung konnte nur der Bürgermeister aufgrund eines Ratsbeschlusses veranlassen; auch handelte es sich bei dieser Versammlung eindeutig um eine Parteiveranstaltung. Darum gab die Hannoversche Presse ihrem Bericht die Überschrift: "Er machte sich selbst zum

¹ Siehe Bericht in der PAZ am 5. April 1950.

Bürgermeister".¹ Im überfüllten Saal der Gastwirtschaft Dunker ging es um das Thema: "Soll das so weitergehen?" Hauptredner war der Vorsitzende des Kreisverbandes der DP, Rechtsanwalt Richard Langeheine aus Peine. Er brandmarkte die politischen Ruhestörer, denen das Dogma ihrer Partei höher stehe als fruchtbringende friedliebende Arbeit. Unter Hinweis auf die Fehler in der Weimarer Republik warnte er in überzeugenden Worten vor einer solchen Katastrophenpolitik und beschrieb die politischen Ziele seiner Partei. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden jedoch alte Gräben wieder aufgebrochen, indem der erwähnte Ratsherr einerseits die SPD-Ratsmitglieder beschuldigte, ihren gemäß der Gemeindeordnung geleisteten Eid gebrochen zu haben, andererseits den CDU-Ratsmitgliedern vorwarf, zu stark die Flüchtlingsinteressen zu vertreten. Nach dem Bericht der HP fielen in seinen Ausführungen Ausdrücke wie "Dummheit" und "Schurkerei". Den Flüchtlingen gab er zu verstehen, dass er, wenn man ihn als Flüchtlingsfeind bezeichne, auch diese Rolle mit Erfolg spielen könne. Weitere Diskussionsredner äußerten mit häufig heftigen Worten ihr Mißfallen über die Arbeit des Gemeinderats, wobei alle Ratsmitglieder der Kritik unterzogen wurden. Die fast 300 Anwesenden stellten einmütig fest, dass sich der Gemeinderat als arbeitsunfähig erwiesen habe und nicht mehr das Vertrauen der Einwohnerschaft besitze; er sei sofort aufzulösen. Das Misstrauensvotum und das Abstimmungsergebnis mögen den Gemeinderat beeindruckt haben, Konsequenzen wurden aus dieser Situation nicht gezogen, und die personelle Zusammensetzung des Rates änderte sich nicht. Nicht einmal eine Aussprache im Gemeinrat über die massiven Vorwürfe der Einwohner fand statt. Man ging offensichtlich schnell wieder zur Tagesordnung über, die ohnehin stets voller Überraschungen war. In seiner Sitzung am 4. Mai 1951 befasste sich der Gemeinderat mit einem Misstrauensantrag, den das Mitglied des Wohnungsausschusses Kurt Lawerenz gegen vier weitere Mitglieder dieses Ausschusses (Emilie Krone, Friedrich Bahrmann, Friedrich Kuchenbuch und Heinrich Niebuhr) eingebracht hatte. Der Rat beschloss, die vier Mitglieder aus dem Ausschuss auszuschließen und in der nächsten Ratssitzung eine Ergänzungswahl vorzunehmen. In dieser Sitzung am 8. Juni 1951 gab es schon vor Eintritt in die Tagesordnung lebhaften Streit, der während der Beratung zu einer ganzen Reihe von Geschäftsordnungsanträgen führte. Schließlich wurden Karl Löper und Frau Schlubkowski als neue Mitglieder in den Ausschuss gewählt, doch gibt die Niederschrift keine Auskunft über die endgültige Zusammensetzung des Ausschusses.

17.5.5 Die Verwaltungs- und Gebietsreform (Johannes Küllig)

Erste Überlegungen im Hinblick auf ein Zusammengehen mit Nachbargemeinden wurden im Gemeinderat anscheinend 1966 angestellt. Am 19. Juli 1966 wurden erste "zwanglose" Gespräche "wegen Bildung einer Samtgemeinde" mit Woltorf und Schmedenstedt geführt.

Am 22.2.1967 folgte eine gemeinsame Sitzung der Gemeinderäte Oberg, Münstedt, Schmedenstedt, Woltorf und Dungenbeck mit Oberkreisdirektor Plett in Dungenbeck. Münstedt und Oberg waren an einem Zusammenschluss nicht interessiert, Schmedenstedt würde mit Dungenbeck eine "Großgemeinde" bilden wollen und Woltorf mit Dungenbeck eine "Samtgemeinde".

Die Gespräche mit Woltorf und Schmedenstedt wurden 1968 fortgesetzt, indem ein gemeinsamer Verwaltungsausschuss gebildet wurde.

¹ Hannoversche Presse vom 25. Juli 1950; auch die PAZ berichtete am gleichen Tag.

Am 11.3.1969 beschloss der Gemeinderat Dungenbeck, dass die "Bildung einer Großgemeinde (Einheitsgemeinde)" der drei Gemeinden "erneut bekräftigt" wird. 1969 fand ein Informationsgespräch mit der Stadt Peine "in Sachen Gebietsreform" statt. In der Ratssitzung vom 3.2.1970 sah Bürgermeister Rüscher "persönlich wenig Chancen im Hinblick auf die Bildung einer Einheitsgemeinde mit Wolterf und Schmedenstedt". Trotzdem werden weitere Verhandlungen geführt, und der Rat nimmt am 6.10.1970 zur Kenntnis, dass neben Wolterf, Schmedenstedt und Dungenbeck "nunmehr auch Sierße und Bettmar an der Bildung einer Einheitsgemeinde interessiert" sind. Auch mit Groß Ilsede wurden Gespräche geführt und Anfang 1971 noch einmal mit der Stadt Peine. Der Gesetzgeber hat für solche "freiwilligen Zusammenschlüsse" als Frist den 31.12.1971 gesetzt, um dann eine Regelung "per Gesetz" durchzuführen.

Am 9.9.1971 beschließt der Gemeinderat einstimmig, mit "den Gemeinden Schmedenstedt und Wolterf aus dem Landkreis Peine und den Gemeinden Bettmar und Sierße aus dem Landkreis Braunschweig eine Einheitsgemeinde zu bilden und beim Innenminister zu beantragen, dass dieser dem Landtag eine entsprechende Empfehlung zuleitet."

Doch dann kam alles ganz anders, und die Stadt Peine setzte sich mit ihrem Plan durch, vierzehn bis dahin selbständige Landgemeinden in die Stadt einzugliedern. Der Gebietsänderungsvertrag wurde mehrfach geändert und lange diskutiert. Der Beschluss des Gemeinderats vom 6.2.1974 klingt resigniert: "In ausführlicher und sachlicher Debatte wird über die neueste Fassung des Gebietsänderungsvertrages beraten. Unter Berücksichtigung der Rechtslage, für Dungenbeck sind die gesetzlichen Regelungsmöglichkeiten ausgeschöpft, wird dem neuen, nunmehr endgültigen Entwurf zugestimmt. Bürgermeister und Gemeindedirektor werden beauftragt, den Vertrag zu unterschreiben."

Damit endete 1974 die Geschichte der selbständigen Gemeinde Dungenbeck im Landkreis Peine. Am 1. März 1974 wurde die vom Gesetzgeber des Landes Niedersachsen veranlasste umfassende Verwaltungs- und Gebietsreform für die Stadt Peine Wirklichkeit und erbrachte der Stadt die Eingliederung der vierzehn bis dahin selbständigen Landgemeinden Berkum, Dungenbeck, Duttonstedt, Eixe, Essinghausen, Landwehr, Röhrse, Rosenthal, Schmedenstedt, Schwicheldt, Stederdorf, Vöhrum, Wendesse und Wolterf. Das Stadtgebiet bekam nun eine Größe von 120 Quadratkilometern mit knapp über 50.000 Einwohnern. Bürgermeister der Stadt war und blieb Gerhard Heinze, Stadtdirektor war und blieb Dr. Willy Boß, der sich für dieses Ziel besonders energisch eingesetzt hatte. Der letzte Dungenbecker Bürgermeister Reinhard Rüscher hielt bei der Feierstunde am 1. März 1974 in Peine im Namen der 14 Gemeinden und ihrer Bürgermeister folgende Rede:¹

"Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Von den Vertretern der vierzehn Umlandgemeinden, die mit dem heutigen Tage in die Stadt Peine eingegliedert werden, wurde ich beauftragt, Rat und Verwaltung der Stadt die Grüße der Gemeindevertreter zu übermitteln.

Mit dem gestrigen Tage haben die Gemeinden ihre Selbständigkeit nach Jahrhunderten, ja einem Jahrtausend bestehender Verwaltung aufgeben müssen. Generationen haben in selbstloser Hingabe an ihre Heimat diese Ortschaften geschaffen. Deshalb bitte ich die Herren der Stadt, Verständnis dafür zu haben, wenn sich fast alle Gemeinden gegen eine Zuordnung zur Stadt ausgesprochen haben.

¹ Es wurden am Text leichte Korrekturen vorgenommen.

Bereits in dem ersten Gespräch, das die Vertreter der Umlandgemeinden mit den Vertretern der Stadt am 16. Oktober 1973 führten, wurden die Gemeinden von Herrn Stadtdirektor Dr. Boß darauf hingewiesen, was die Eingliederung einer Gemeinde in eine größere Gemeinde bedeutet. Es wurde klar der Unterschied zwischen einem Zusammenschluß und einer Eingliederung, wie das Gesetz es bestimmt, herausgestellt.

Wie bereits auf dem Anhörtermin in Vöhrum deutlich wurde, hatten die Gemeinden zwar das Recht, ihre Wünsche vorzutragen, ohne dass diese jedoch beachtet wurden. Auch in dem Gebietsänderungsvertrag, den uns die Stadt anbot, bestimmte die Stadt allein. Die Gemeinden hatten auf eine entgegenkommende Geste der Stadtverwaltung gehofft. Doch die Stadt blieb hart. Uns blieb nur die Wahl, zu unterschreiben oder ohne Vertrag zu sein. Hätten wir nicht unterschrieben, gäbe es keinen Interimsrat, und die Stadt könnte über die Köpfe der Gemeinden hinweg bis zum 9. Juni 1974 frei verfügen. So aber haben die Umlandgemeinden auch ihre Stimmen in dem neuen Gremium, wie es ihnen nach Fug und Recht zusteht; denn sie vertreten immerhin ein Drittel der Einwohner der neuen Stadt und kommen nicht mit leeren Händen.

Von den hier anwesenden Vertretern sind im Dienste ihrer Gemeinden ergraute Frauen und Männer, die als Politiker der ersten Stunde nach dem Zusammenbruch mit der Aufbauarbeit begonnen haben. Unlösbare Aufgaben, um nur einige zu nennen, wie Unterbringung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge und die Versorgung der Bevölkerung, mußten von ihnen bewältigt werden.

Dann begann in den 50er Jahren die Entwicklung und Aufbauarbeit, deren Früchte morgen die Stadt erntet. Diese Gemeindevertreter standen ihren Bürgern gegenüber und mußten diesen persönlich Rede und Antwort stehen. Das war bürgernah. Wir Gemeindevertreter sehen aber auch ein, daß die Zukunft neue Formen der Verwaltung verlangt und wollen dem Fortschritt nicht entgegen stehen. Wir erklären hiermit einmütig unseren Willen, im Interimsrat und dem am 9. Juni zu wählenden Stadtrat nach dem Gleichheitsprinzip zum Wohl aller Bürger dieser neuen Stadt mitzuarbeiten."

17.6 Der Ortsrat Dungenbeck seit 1974

Seit 1974 gibt es zwar Dungenbecker Vertreter im Stadtrat Peine, aber im Ort nur noch den sog. "Ortsrat" mit dem Ortsbürgermeister an der Spitze mit sehr viel weniger Kompetenzen und Möglichkeiten als sie der bisherige Gemeinderat hatte.

Wahlperiode ab 9.6.1974:

Reinhard Rüscher , SPD	Ortsbürgermeister
Heinrich Peyers, CDU	stellv. Ortsbürgermeister
Heinrich Ramm, CDU	Ortsratsmitglied
Werner Schölzel, SPD	Ortsratsmitglied
Helene Stolze, SPD	Ortsratsmitglied

Wahlperiode ab 1.11.1976:

Reinhard Rüscher , SPD	Ortsbürgermeister
Heinrich Peyers, CDU	stellv. Ortsbürgermeister
Manfred Didschies, SPD	Ortsratsmitglied
Werner Schölzel, SPD	Ortsratsmitglied
Franz Pietsch, CDU	Ortsratsmitglied (bis Anfang Juni 1978)
(für ihn ab 27.10.1978 Marlies Kühne)	

Wahlperiode ab 1.11.1981:

Werner Schölzel (SPD)	Ortsbürgermeister
Heinrich Peyers (CDU)	stellv. Ortsbürgermeister
Manfred Didschies (SPD)	Ortsratsmitglied
Marlies Kühne (CDU)	Ortsratsmitglied
Gerd Kühne (SPD)	Ortsratsmitglied

Wahlperiode ab 1.11.1986:

Werner Schölzel (SPD)	Ortsbürgermeister
Gerd Kühne (SPD)	stellv. Ortsbürgermeister
Heinrich Kühne (CDU)	Ortsratsmitglied
Marlies Kühne (CDU)	Ortsratsmitglied
Bernd-Detlef Mau (SPD)	Ortsratsmitglied

Wahlperiode ab 1.11.1991:

Werner Schölzel (SPD)	Ortsbürgermeister (bis 12.10.1993)
Gerd Kühne (SPD)	stellv. Ortsbürgermeister
Marlies Kühne (CDU)	Ortsratsmitglied (bis 30.9.1993)
(für sie ab 1.10.1993 Friedrich-Wilhelm Lauschke, CDU)	
Bernd-Detlef Mau (SPD)	Ortsbürgermeister ab 27.10.1993

Wahlperiode ab 1.11.1996:

Bernd-Detlef Mau (SPD)	Ortsbürgermeister
Gerd Kühne (SPD)	stellv. Ortsbürgermeister
Heinrich Kühne (CDU)	Ortsratsmitglied
Karl-Wilhelm Schubert (CDU)	Ortsratsmitglied
Jörg Zimmermann (SPD)	Ortsratsmitglied

Wahlperiode ab 1.11.2001:

Bernd-Detlef Mau (SPD)	Ortsbürgermeister
Gerd Kühne (SPD)	stellv. Ortsbürgermeister
Frank Hildebrandt (SPD)	Ortsratsmitglied
Rainer Hülzenbecher (SPD)	Ortsratsmitglied
Karl-Wilhelm Schubert (CDU)	Ortsratsmitglied

17.7 Die politische Arbeit in Dungenbeck nach 1945

17.7.1 Allgemeiner Bericht (Bernd-Detlef Mau)

Die Aufgabenschwerpunkte des Gemeinderats zeigt sich in seinen Ausschüssen:

1946/47: Wohnungsausschuss, Finanzausschuss, Schulspeisungsausschuss,

1956: Finanzausschuss, Bauausschuss, Schulausschuss,

Feuerwehr- und Wasserwerksausschuss, Kulturausschuss.

Am 16.7.1946 beschließt der Gemeinderat die öffentliche Ausschreibung für die Stelle des Gemeindedirektors. Die damit entstehenden Personalprobleme beschäftigen den Rat bis 1974.

Die Versorgung der Flüchtlinge taucht im Juli 1946 in der Tagesordnung auf. Viele Familien haben keine Kochgelegenheit und sollen die Möglichkeit erhalten, "sich eine Morgen- und Abendmahlzeit zuzubereiten. Falls Koks bewilligt wird, kommt dafür der Saal der Gastwirtschaft Fedowitz (Müller) in Frage. Er soll zum Winter voll beheizt werden und den Flüchtlingen als 'Wärmestube' dienen."

Der Rat beschließt am 24.9.1946, den Luftschutzraum in der Schule "der Kath. Kirche für religiöse Zwecke" zur Verfügung zu stellen. Auch der TSV bekommt zwei Kellerräume als Umkleideräume. "Für Ordnung und Sauberkeit in 'seinen' Räumen hat der TSV zu sorgen." Auch weiterhin wird der TSV unterstützt.

Einbrüche häufen sich. Der Rat beschließt am 5.12.1946: "Sämtliche Einwohner (männlich) von 18 – 60 Jahren sollen auf freiwilliger Basis Nachtwachen bilden (Doppelwache von 22 Uhr bis 5 Uhr), um den Diebstählen Paroli zu bieten." Die sich weigerten, wurden von den Bezugsscheinen ausgeschlossen.

27.3.1947: "Durch die starke Belegung der Gemeinde mit Flüchtlingen ist es nicht mehr möglich, weitere Flüchtlinge unterzubringen. Da Dungenbeck eine Betriebswohngemeinde ist und die neu erbauten Siedlungshäuser nur kleine Arbeiterwohnungen sind und da dort keine Flüchtlinge untergebracht werden können, sind die übrigen Wohnungen überbelegt. Wir bitten daher die Kreisselbstverwaltung und die zuständigen Stellen, weiteren Zustrom an Flüchtlingen nach Dungenbeck zu unterbinden." Wegen Unterernährung vieler Schulkinder soll Schulspeisung für die Flüchtlingskinder beantragt werden.

Am 8.12.1950 beschließt der Rat den Bau einer "landwirtschaftlichen Berufsschule in der Gemeinde Dungenbeck" und will das Baugelände "seitens der Gemeinde" zur Verfügung stellen.

Ab 9.11.1951 soll das "Siegel mit neuem Wappen" Verwendung finden.

"In der Tannenbergstraße sollen 23 Bauplätze entstehen." Bebauungspläne werden in den kommenden Jahren häufig auf der Tagesordnung stehen.

Natürlich werden Haushaltsfragen beschlossen und Haushaltspläne verabschiedet.

Seit 1952 denkt man an den Ausbau von Straßen mit Bürgersteigen. Schulprobleme sind vom Gemeinderat zu lösen, was sich u.a. in verschiedenen Erweiterungen der Schule zeigt, aber auch in der Einstellung von Schulleitern und Lehrkräften.

Im Februar 1959 wird die Anlage eines neuen Sportplatzes beschlossen.

Am 19.1.1967 wird das Klärwerk offiziell in Betrieb genommen und zum Teil mit einer einmaligen Anschlussgebühr finanziert (280.000 DM).

1971 soll die "Alte Landstraße" Straßenbeleuchtung bekommen. Weitere Straßen folgen. Der Bau des Kindergartens wird auf den Weg gebracht. Nach der Einweihung 1972 berät man über Erzieherinnen und Gebühren. Im Gemeinderat gibt es jetzt den Verwaltungsausschuss neben den anderen genannten Ausschüssen.

1973 wird der Bau eines Jugendfreizeitentrums ins Auge gefasst und eine Konzeption der Jugendarbeit erstellt. Grundsteinlegung am 27.2.1974. Das Haus wird eingeweiht, aber eine jugendgemäße Konzeption ist schwierig zu entwickeln. Die Ratsherren beschließen am 11.5.1973, "künftig den vollen Betrag von 8,- DM je Sitzung auszuzahlen und auf die Abzweigung von 3,- DM, die zur Finanzierung von Ausflügen u. dgl. verwendet wurden, zu verzichten."

Am 20. Februar 1974 hat der bis dahin selbständige Rat der Gemeinde Dungenbeck seine letzte Sitzung und wird künftig als Ortsrat weniger Entscheidungskompetenz haben.

Der Ortsrat schlägt im März 1976 für den Schiedsmannbezirk 2 (Woltorf, Schmedenstedt, Dungenbeck) als Schiedsmann Karl Heinz Wystemp aus Dungenbeck vor.

Ende 1977 steht der Entwurf des Flächennutzungsplanes im Mittelpunkt und die Trassenführung für eine Ostumgehung über den Escheberg bis zum Essinghäuser Weg. In den folgenden Jahren denkt der Rat über verkehrsberuhigende Maßnahmen und Zonen für Geschwindigkeitsbeschränkungen im Ort nach.

Die Straßen sollen "begrünt" werden, z. B. mit Pflanzkübeln. Das Jugendfreizeitheim macht Personalkosten. Welche Konzeption? Nach Manfred Didschies wird 1988 Gerd Kühne Koordinator zwischen Ortsrat und den Vereinsvorständen.

1990 will der Rat, dass die "Waschanlage Bruchweg" erhalten bleiben soll. Darum muss der Ölabscheider repariert werden, ein Umweltproblem, das den Rat lange beschäftigen wird.

In Peine wird seit 1990 über die Ostrandstraße und ihr Anbindung an die B65 über eine Eisenbahnbrücke nachgedacht. Wie kann man den von hierher zu erwartenden Verkehr an Dungenbeck vorbeileiten? Am 27.9.1995 beschließt der Ortsrat: "Da nach neuen Erkenntnissen mittelfristig keinerlei Aussicht auf Realisierung einer Ortsumgehung besteht, soll eine Änderung der B 65 im Bereich der Ortsdurchfahrt Dungenbeck vorgenommen werden", indem die B 65 wieder in zwei Richtungen befahren werden kann und auf der Seite zum Dorf hin ein Radweg gebaut wird. Auch hier liegen schwierige und langwierige Probleme. Dungenbeck ist ein beliebter Wohnort, und der Rat erstellt weitere Bebauungspläne.

Seit 1999 soll der Sportplatz saniert und ein weiterer angelegt werden. Beide Plätze liegen im Landschaftsschutzgebiet und benötigen darum eine Ausnahmegenehmigung. Im Januar 2001 hat der Ortsrat einen Antrag auf das Dorferneuerungsprogramm gestellt und Mittel für den Bau einer Grillhütte gegeben.

17.7.2 Die Geschichte des SPD-Ortsvereins Dungenbeck (Ilse Horstmann)

Bereits vor dem 2. Weltkrieg gab es bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten einen selbständigen SPD-Ortsverein in Dungenbeck. Unterlagen fehlen bedauerlicherweise hierüber. Am 1. Oktober 1945 fanden sich auf Grund der Initiative von Fritz Bosse in der Gastwirtschaft „Zum grünen Anger“ weitere sechs Dungenbecker Bürger ein und gründeten nach der furchtbaren nationalsozialistischen Zeit den selbständigen Dungenbecker Ortsverein der SPD. Männer der ersten Stunde waren neben Fritz Bosse Heinrich Balke, Karl und Otto Brandes, Walter Könnecke, Heinrich Krüger, Willi Siedentop und Jakeit. Es war nicht immer leicht, sich nach dem 2. Weltkrieg zu einer Partei zu bekennen; diese Herren, und wenig später auch weitere, haben es getan. Versammlungen wurden in der Anfangszeit der Wiedergründung oft in der Wohnung des 1. Vorsitzenden Fritz Bosse abgehalten. Wahlplakate mussten in der damaligen Zeit mit einer Leiter aufgehängt werden, sonst waren sie am nächsten Tag verschwunden.

Dem ersten Dungenbecker Gemeinderat nach dem 2. Weltkrieg gehörten sechs Mitglieder der SPD an. Luise Könnecke, Ehefrau des Mitbegründers Walter Könnecke, war als Parteilose über die Liste der SPD ebenfalls in den Gemeinderat eingezogen. Sie war also die 1. Frau im Dungenbecker Gemeinderat mit Sitz und Stimme. Der erste von der SPD gestellte Bürgermeister nach dem 2. Weltkrieg war Otto Brandes. Weitere fünf Mitglieder der SPD standen bzw. stehen an der Spitze des Gemeinderates bzw. Ortsrates: Adolf Jacobeit, Albert Schridde, Reinhard Rüscher, Werner Schölzel und Bernd-Detlef Mau.

Eine große Beständigkeit zeigt die Vorstandsarbeit in der Dungenbecker SPD. Seit der Wiedergründung im Jahre 1945 standen 9 Vorsitzende dem Ortsverein vor: Fritz Bosse, Erwin Schmidt, Willi Köther, Rainer Rüscher, Manfred Didschies, Sigurd Balke, Bernd-Detlef Mau, Jörg Zimmermann und zur Zeit Rainer Hülzenbecher. Seit der Wahl von Rainer Rüscher im Jahre 1964 stellt die SPD ununterbrochen den Bürgermeister bzw. Ortsbürgermeister in unserer Ortschaft Dungenbeck.

Dem Stadtrat der Stadt Peine gehören seit der Gebietsreform im Jahre 1974 Mitglieder der Dungenbecker SPD an. Zunächst Rainer Rüscher bis zum Jahre

1981, ihm folgte Bernd-Detlef Mau. Beide Dungenbecker Vertreter waren bzw. sind Mitglieder des wichtigen Verwaltungsausschusses. Auch im Peiner Kreistag war die Dungenbecker SPD über 20 Jahre durch Werner Schölzel vertreten.

Zur Zeit gehören 107 Mitglieder dem Dungenbecker Ortsverein an, auch viele Jüngere, so dass die erfolgreiche Arbeit zum Wohle unserer Ortschaft sicherlich fortgesetzt werden kann. Die Zusammenarbeit mit allen Entscheidungsträgern (Vereinsvorständen) war für die Dungenbecker SPD von großer Bedeutung. Nur so konnte man sich zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen.

17.7.3 Der CDU-Ortsverband Dungenbeck (Heinrich Kühne)

Nachdem sich schon über einen längeren Zeitraum der Christlich Demokratischen Union nahestehende Dungenbecker zum Informationsaustausch getroffen hatten, einigte man sich, einen eigenen Ortsverband zu gründen, da bereits einige von ihnen Mitglied der CDU in ne waren. Nach Einberufung einer öffentliche CDU-Versammlung im Gasthaus „Zum alten Krug“ in Dungenbeck am 23. Januar 1974 wurde unter Vorsitz von Horst Horrmann der CDU-Ortsverband Dungenbeck gegründet. Von den Mitgliedern dieser Gründungsversammlung wurde Heinrich Peyers zum 1. Vorsitzenden gewählt., der dieses Amt bis 1986 ausübte. Es folgten Marlis Kühne von 1986 bis 1990 und seit 1990 Heinrich Kühne, der bis heute Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes ist.

Seit 1986 ist das immer gut besuchte CDU-Hoffest auf dem Hof von Ursel und Heinrich Kühne ein fester Bestandteil der Aktivitäten des CDU-Ortsverbandes Dungenbeck in unserem Ort geworden.